

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
VII / 2000

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1999
- MUSICA PRO PACE 1999
- BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:

*Friedlicher Wandel
im Osten Europas?*

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

10 Jahre nach dem Mauerfall – Vom Alltag des innerdeutschen Ost-West-Konflikts

Podiumsdiskussion in der Aula der Universität
am 3. März 1999

<i>Dr. Regine Hildebrandt</i>	Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg (SPD)
<i>Christoph Dieckmann</i>	Journalist (»Die ZEIT«) und Buchautor
<i>Dr. Gregor Gysi, MdB</i>	Vorsitzender der Bundestagsfraktion der PDS
<i>Dr. Klaus Zeh, MdL</i>	Mitglied des Landtages (CDU) des Landes Thüringen, Finanzminister des Landes Thüringen a.D.
<i>Prof. Dr. Wulf Gaertner</i>	Universität Osnabrück (Gesprächsleitung)

Wulf Gaertner: Der Fall der Mauer vor zehn Jahren und die sich anschließende Vereinigung von Ostdeutschland und Westdeutschland waren epochale Ereignisse. Und auch in den bis dahin sozialistischen Staaten Osteuropas haben sich etwa zeitgleich mit dem Zusammenfügen der beiden deutschen Staaten so gewaltige Änderungen vollzogen, dass aus gutem Grund von einer neuen Epoche nach dem Ende des Kalten Krieges gesprochen werden kann.

Die meisten von uns hat die rasante Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 unvorbereitet getroffen. Im Rausch der weltgeschichtlichen Ereignisse in Mittel- und Osteuropa wurden die enormen Probleme der Vereinigung unterschätzt, während die Kräfte des Westens und auch der Bundesrepublik Deutschland überschätzt wurden.

So meinte *Rainer Eppelmann* im September 1995 in einem Beitrag für die Wochenzeitung *Das Parlament*, dass die »anfängliche Euphorie [...] einer Nüchternheit gewichen« sei und resümierte: »Wir erkennen, die Gestaltung der inneren und sozialen Einheit Deutschland ist ein steiniger, mühsamer Weg«.

In derselben Ausgabe gebraucht *Wolfgang Thierse* das Bild einer Fahrt mit der Achterbahn. Rückblickend schreibt er:

»Euphorie machte großer Niedergeschlagenheit Platz. Aufbruchstimmung schlug um in aggressive Resignation. Selbstbewusstsein verwandelte sich in nagende Zweifel. Auch die offenen Arme der Westdeutschen verschränkten sich wieder vor der Brust, zähneknirschendes Zahlen für die Einheit trat an die Stelle der Freude über die Vereinigung. Trotzdem, die Entwicklung ist in vollem Gange, es muss, es wird gut gehen.«

Zum Problem der unzureichenden Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschen formuliert *Johannes Rau* kürzlich in einem Beitrag für *Deutschland Radio Berlin*:

»Auch im 9. Jahr der staatlichen Einheit erleben wir aber immer wieder, dass auch das, was zusammengehört, nicht immer leicht zusammenfindet. Es gibt nicht nur immer noch Investitionsblockaden durch falsche Weichenstellungen im Einigungsvertrag. Noch wirkungsvoller, noch schwieriger zu korrigieren sind mentale Sperren und Barrieren, die zu Missverständnissen, ja zu Unverständnis zwischen Deutschen im Osten und im Westen führen. Obwohl wir die gleiche Sprache sprechen, verstehen wir uns doch zu oft nicht.« [...] »Im Westen neigen noch zu viele Menschen zu Herablassung und Besserwisserei, im Osten neigen noch zu viele Menschen zu Selbstmitleid und zu trotzigem Rückzug. Beide Haltungen sind Gift für das Zusammenwachsen und für die innere Einheit.«

Christoph Dieckmann äußerte sich in einem Artikel in der ZEIT vom 29. Oktober 1998 mit dem bezeichnenden Untertitel *Warum es manchmal so schwer ist, sich im Westen verständlich zu machen*, wie folgt:

»Ich wünsche, dass mein Osten vorkommen möge in Deutschlands völlig westlich dominierter Medienwelt. Ich will zugleich, dass mein Osten sich verhalte. Eigene Identität und eigene Geschichte. Weder hat diese Geschichte erst 1989/90 begonnen, noch war sie einfach die der SED, und schon gar nicht soll mein Osten enden als Fußnote der deutschen Nationalgeschichte, als zeitweilig abgefallene, nun aber siegreich heimgeholte Provinz.«

Jeder von Ihnen wird seine eigenen, höchst persönlichen Gedanken zur Vereinigung von Ostdeutschland und Westdeutschland hegen – Gedanken, die weit über das Konstatieren von Fakten und Zahlen über z.B. wirtschaftliche Erfolge bzw. Misserfolge oder Wahlergebnisse hinausgehen. Zur Strukturierung unseres Podiumsgesprächs aber haben wir die Podiumsteilnehmer um die Beantwortung der folgenden vier Fragenkomplexe gebeten:

- Wie ist Ihre Einschätzung zur ökonomischen Entwicklung seit Beginn der staatlichen Einheit? Gab es Fehlentwicklungen, und hätten diese vermieden werden können?
- Wie sehen Sie die Entwicklung der emotionalen und psychischen Befindlichkeiten bzw. die psychische Konstellation im Verhältnis der Deutschen aus Ost und West? Sind wir auf dem Weg zu einer Normalisierung der gegenseitigen Wahrnehmungen?
- Was ist Ihre Vorstellung von einem notwendigen und hilfreichen Umgang mit der Vergangenheit? Was hat die bisherige Aufarbeitung der Geschichte geleistet? Was bleibt künftig aufzuarbeiten?
- Welche Impulse dazu können aus den neuen Bundesländern kommen? Welche positiven Anknüpfungspunkte haben sich hier in den letzten zehn Jahren entwickelt? Gibt es ein neues Selbstbewusstsein in Ostdeutschland?

Regine Hildebrandt: Wie kompliziert die Verhältnisse sind, sehen Sie schon daran, dass offensichtlich bei Ihnen in Osnabrück diskutiert worden ist, ob Herr Gysi an dieser Diskussion teilnehmen dürfe oder nicht. Für einen solchen Ausschluss einer Person aus der Debatte hätte ich kein Verständnis gehabt! Nun zu den gestellten Fragen: Natürlich hätte die ökonomische Entwicklung anders verlaufen können; aus meiner Sicht sind tatsächlich die Weichen falsch gestellt worden. Wenn man die Problematik einer Umstellung einer sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in ihrer ganzen Komplexität betrachtet, muss man allen Sachverstand zusammennehmen, der in der Gesellschaft verfügbar ist. Und man muss sich darauf einstellen, dass der Prozess Geld kosten wird, eine ganze Menge Geld, mit der dann auch wirklich so umzugehen ist, dass ein optimales Ergebnis erzielt werden kann. Genau das ist nicht passiert: In dem Moment, als man verkündete, es koste nichts und es gehe schnell, sind die Weichen falsch gestellt worden.

Ich nenne ein paar Beispiele, an denen es deutlicher wird: Nehmen wir zum Beispiel die Arbeitsförderung. Die Bundesanstalt für Arbeit hatte vor 1989 durchweg einen Etat von rund 30 Milliarden Mark. Nach der Wende hat der Etat jetzt ein Volumen von jährlich über 100 Milliarden Mark. Die Gesamtkosten der Arbeitslosigkeit summieren sich auf 150 Milliarden Mark im Jahr. Die Arbeitslosigkeit ist also teuer! Da ist zu fragen, ob wir nicht mit diesem Geld von vornherein lieber die Arbeitsförderung anstatt der Arbeitslosigkeit finanzieren wollen. Dies ist zwar auch geschehen, und zwar mit den Mitteln des bundesrepublikanischen Arbeitsförderungsgesetzes, das Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Krisenregionen für »zusätzliche Aufgaben« vorsieht: Hatte ein Dorf eine zerbröckelnde Kirchenmauer, so konnte die dank ABM mehr als großzügig restauriert werden.

Zur gleichen Zeit fiel aber im Kindergarten vielleicht den Kindern der Putz auf den Kopf! Letzteres war eine »Pflichtaufgabe«, die *nicht* durch AB-

Maßnahmen erledigt werden durfte, während die Reparatur der Kirchenmauer eine »zusätzliche« Aufgabe war. Mit anderen Worten: dieses Instrument passte nicht, wurde aber aufgebläht wie ein Ballon. Zwar konnten auch Strukturanpassungsmaßnahmen durchgeführt werden, die allerdings oft verspätet kamen. Erst nach und nach können wir mit Hilfe neuer Instrumentarien unsere Vision für die Bergbaufolgelandschaft realisieren: Die Braunkohlentagebaugebiete glichen einer Mondlandschaft. Wir wollen, dass die dort entlassenen Leute mit der Technologie des Kohleabbaus die Landschaft wieder sanieren. Wer zu Zeiten der DDR oder danach im Osten war, wird gesehen haben, wie vieles da noch zu tun ist. Das aber ist zu spät und auch nicht in ausreichendem Maße begonnen worden. Die Instrumente dafür müssen noch geschaffen werden.



Regino Hildebrandt

Ein anderes Beispiel ist die Frage der Wirtschaftsförderung: Die Betriebe im Osten hatten starke Wirtschaftsbeziehungen nach Osteuropa. In dem Moment aber, in dem Westgeld als Zahlungsmittel nötig wurde, konnten osteuropäische Kunden nichts mehr beziehen, weil sie diese Devisen nicht hatten oder weil sie ihre wenigen Devisen eher im Westen einsetzten. Damit war der Zusammenbruch der DDR-Betriebe besiegelt, was absehbar war! Hier hätte man erkennen müssen, dass es ohnehin auf Deutschland zukommen würde, irgendeine Form von Entwicklungshilfe für Osteuropa zu leisten. Man hätte

die Ostbetriebe mit Bürgschaften, mit entsprechenden Kreditlinien, auch mit verlorenen Zuschüssen fördern müssen, hätte sie erhalten und exportieren lassen und damit Osteuropahilfe geleistet.

Zur zweiten Frage, der nach der emotionalen, der psychischen Befindlichkeit: Ob wir auf dem Weg sind, zusammen zu kommen? Ich muss gestehen – da bin ich traurig. Ich stamme aus Berlin, aus dem Zentrum, und habe meine Verwandtschaft in Ost- und Westberlin bzw. Ost- und Westdeutschland. Wir waren, als die Mauer stand, der Meinung, wir hätten uns *nicht* auseinandergelebt, aber tatsächlich ist es doch so gekommen! Die Verhältnisse und Erfahrungshorizonte waren sehr verschieden. Selbst diejenigen Ostdeutschen, die mit dem Staat DDR nie etwas zu tun haben wollten, sind auf eine solidarische Gesellschaft hin orientiert, auf das Sich-Kümmern um den anderen, auf das Sehen-auf's-Ganze, so dass wir doch ziemlich weit auseinander sind! Ich bedaure das, glaube aber, dass wir die Kluft überwinden können, jedenfalls in der nächsten Generation.

Nach der Wende haben uns viele westdeutsche Helfer darin unterstützt, unsere Situation zu gestalten. Je mehr Zeit ins Land ging, desto öfter haben mir diese Mitarbeiter gesagt, sie verspürten Aversionen und seien darüber unglücklich. Viele Menschen aus Westdeutschland, auch in der Landesverwaltung, kapitulieren vor den Vorbehalten, die ihnen von jenen entgegenschlagen, mit denen sie zu tun haben. Das betrifft oft sensible, mit großer Emotionalität besetzte Themen, z.B. Fragen des Eigentums. Wir sind an diesen Punkten nicht andeutungsweise dabei, uns anzunähern und Misstrauen und Aversionen abzubauen. Das müssen wir aber wissen! Unterschiede lassen sich nicht vertuschen, sondern nur aktiv bewältigen, wozu ihre gegenseitige Kenntnisnahme der erste Schritt ist. *Elisabeth Noelle-Neumann* ist in Umfragen zum Wertewandel zu dem Ergebnis gekommen, dass in puncto bürgerlicher Tugenden wie Höflichkeit, gutes Benehmen, Erziehung zu ordentlicher Arbeit, gewissenhafter Arbeit u.a. bis zur Wende in Ostdeutschland Auffassungen herrschten wie in der BRD im Jahr 1950. So schnell wird sich das nicht ändern, damit muss man umgehen lernen. Wir dürfen aber getrost darauf hoffen, dass unsere Enkelkinder, denen wir heute schon erklären müssen, wie es ›früher‹ bei uns war, in eine Gesellschaft hineinwachsen, in der die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte nicht mehr bestehen.

Zur dritten Frage, dem notwendigen und hilfreichen Umgang mit der Vergangenheit: zweifellos ein schwieriges Thema. Leider ist insbesondere die Stasi-Problematik, der Umgang mit den Akten, instrumentalisiert worden. Auch für mich war und ist die Stasi ein Schreckgespenst. Der ehrliche Wille zur Aufklärung blieb gegenüber dem Sensationsinteresse von wenig verantwortungsbewussten Journalisten, die eben ordentlich Stimmung machten, auf der Strecke. Das war der Sache nicht dienlich, denn plötzlich entstand im Osten eine Solidarisierung mit den kleinen, zuvor verachteten Stasi-Spitzeln.

Deren unrechtes Tun wird jetzt allerdings auch falsch gewichtet, denn der Verantwortungsträger in der DDR war ja nicht nur die Stasi, sondern die Partei und der Regierungsapparat. Davon ist nun nicht mehr viel die Rede. So sind eine objektive Gewichtung und eine vernünftige Beurteilung all dessen kaum möglich. Nehmen Sie die Blockparteien CDU, LDPD und NDPD, die die Nationale Front bildeten: für mich als Mitglied der Evangelischen Kirche waren sie indiskutabel. In den letzten zehn Jahren ist viel an Vergangenheitsaufarbeitung geschehen, aber es ist uns nicht gelungen, der bundesdeutschen Bevölkerung klarzumachen, dass die gesamte Ost-CDU durch die Aufnahme in die Kanzlerpartei ›gereinigt‹ und zur Regierungspartei geworden ist, während demgegenüber bei der PDS, dem Rest der SED, der jetzt die gesamte Verantwortung für alle Übel angelastet wird, heute 95 Prozent der früheren Mitglieder nicht mehr dabei sind. Im Brandenburger Landtag sind von 27 Abgeordneten der CDU 3 nach der Wende eingetreten; 24 Abgeordnete sind frühere Mitglieder der Blockpartei!

Letzter Punkt: die Zukunftsperspektiven. Ich bin der Überzeugung, dass vieles von dem, was uns in Ostdeutschland geprägt hat und was wir für gut, richtig und zukunftsfruchtig hielten, in der Wendezeit nicht bewahrt werden konnte, obwohl wir das gewünscht haben. Aber nun kommen wir wieder langsam: zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, den Kindertagesstätten. Im Osten gab es überall Krippen, Kindergärten, Horte für Kinder bis zu 10, 12 Jahren, mit Ganztagsbetreuung. Diese zu erhalten, war nicht möglich. Inzwischen aber gilt der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in der ganzen Bundesrepublik. Oder die Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch; oder unsere Polikliniken und Ambulatorien im Gesundheitswesen, die zunächst fast alle geschlossen wurden: Jetzt sieht die Gesundheitsreform ›vernetzte Arztpraxen‹ vor. Genau das *waren* unsere Polikliniken bei den Krankenhäusern, von denen in Brandenburg noch 22 erhalten werden konnten, die jetzt ein ›Zukunftsmodell‹ geworden sind. Wir haben also doch einiges einbringen und verteidigen können, haben unseren Gestaltungsspielraum genutzt, und das macht uns Mut.

Der aus dem Osten kommende Grundansatz verlangt eine deutlich solidarischere, gerechtere Gesellschaft. Die Umfragen sagen deutlich, dass die solidarische Gesellschaft, die Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft, im Osten einen viel höheren Stellenwert hat als im Westen. Frau *Noelle-Neumann* hat sich irritiert gezeigt, dass diese hohe Wertigkeit für soziale Gerechtigkeit in Ostdeutschland unverändert angehalten hat. Und wissen Sie, was jetzt passiert? Der Westen holt langsam auf! Auch hier wächst jetzt – den Umfragen zufolge – die Einsicht in die Notwendigkeit, einen sozialeren Staat, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen, und deswegen habe ich die große Hoffnung, dass wir gemeinsam auf dem Wege sind.

Klaus Zeh: Ich habe von dem Konflikt über die parteipolitische Zusammensetzung des Podiums gehört, der vor dieser Veranstaltung in Osnabrück ausgetragen worden ist. Ich bin allerdings nicht wegen oder trotz dieser Zusammensetzung hergekommen, sondern weil ich es einfach spannend finde, über eine Zeit zu sprechen, die jetzt schon Vergangenheit ist und 1989 noch eine Zukunft war.

Ich bin dankbar, dass ich überhaupt als freier Bürger hierher kommen kann, ohne etwa eine Leibesvisitation an irgendeiner Demarkationslinie zu passieren. Ich finde es gut und richtig, dass wir miteinander reden und über unsere spezifischen Erfahrungen Gedanken austauschen.

Wir haben den Fall der Mauer der ersten friedlichen Revolution in Deutschland zu verdanken. Darauf können wir in Deutschland und besonders in Ostdeutschland stolz sein. Mit dem Untertitel der Veranstaltung *Vom Alltag des innerdeutschen Ost-West-Konflikts* kann ich wenig anfangen; ich halte es nicht für gut, diesen Konflikt ständig zu kultivieren, zu vermarkten und zu verbreiten. Je mehr er kultiviert wird, um so mehr zementieren wir ihn, reden ihn herbei. Ich möchte die Unterschiede nicht gering reden; es gibt sie, selbstverständlich. Aber gibt es nicht auch Unterschiede zwischen Süd und Nord? Hat man jemals von dem typischen Nord-Süd-Konflikt in Deutschland geredet? Die wirtschaftliche Entwicklung von Baden-Württemberg und Bremen differiert um 30 Prozent, wie auch zwischen Hamburg und Lüneburg ein Rückstand von 30 Prozent besteht. Auch



Klaus Zeh

die Entwicklung im Osten liegt gegenüber dem Westen zur Zeit eben um 30 Prozent zurück; das muss man zur Kenntnis nehmen. Trotzdem ist die wirtschaftliche Entwicklung des Volkseinkommens positiv. Bestehende Unterschiede zu einer Prinzipien Diskussion zwischen Ost und West zu stilisieren, ist nicht der Schlüssel für die Beantwortung unserer Fragen. Unbestritten ist, dass die Entwicklung, die wirtschaftliche allemal, aber auch die mentale Entwicklung, die wir erwarten, länger andauert als vorausgesehen. Sie kostet

auch mehr Geld als prognostiziert, und sie ist zweifelsohne mühsamer, als man sich es hat träumen lassen.

Ein wesentlicher Konfliktgrund besteht darin, dass die Erwartungshaltungen so hoch, so unerfüllbar hoch waren. Die Politiker haben diese Erwartungshaltung nicht gebremst, sondern gelegentlich noch gefördert. Dafür sind aber nicht allein sie verantwortlich. Die Erwartungshaltungen wurden über Jahrzehnte durch die bundesdeutschen Medien geprägt, die ein Bild geliefert haben, das man in der Wirklichkeit nicht wiedergefunden hat. Durch die Werbung im Fernsehen unterstützt – erst in Schwarz-Weiß und dann in Farbe – und allemal durch Schlagworte wie ›Wirtschaftswunder‹, ›harte DM‹ usw. hat sich eine Erwartungshaltung ergeben, die nicht realistisch war.

Ich möchte aus der Predigt eines Bischofs zitieren, der über die Probleme zu Beginn der Wiedervereinigung sprach. Unmittelbar nach der Wende sei er von einem Bürger aus der Bundesrepublik angesprochen worden mit den Worten: »Na, jetzt habt Ihr doch Eure Probleme nicht mehr.« Irritiert über diese Äußerung antwortete er sehr bestimmt: »Nein, unsere Probleme haben wir jetzt nicht mehr, wir haben jetzt Eure Probleme, die Probleme des Westens, und zwar in verschärfter Form: Wenn in der Bundesrepublik Deutschland eine Erkältung grassiert, dann haben wir im Osten Lungenentzündung.«

Zur Frage nach vermeidbaren Fehlentwicklungen hat Frau Ministerin Hildebrandt einiges gesagt – ich glaube allerdings, Fehler zu machen ist kein Privileg der Ostdeutschen. In 40 Jahren werden viele Wissenschaftler ihre Dissertationen über die Fehler der bundesrepublikanischen Aufbauarbeit schreiben und erstaunliche Dinge finden. Und auch über die Wiedervereinigung wird man Dissertationen schreiben und Fehler benennen, aber die eigentliche Leistung ist die der Menschen in einer Umbruchsituation, die ihresgleichen in der Geschichte Deutschlands sucht. Der Umbruch aus einer Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft ist weitgehend ohne Spannungen und Auseinandersetzungen vollzogen worden. Das ist die Leistung der Menschen im Osten sowie der Solidarität der Menschen aus den Altbundesländern. Wenn alljährlich so nebenher 150 Milliarden Mark von einem Teil eines Landes in den anderen transferiert werden, dann ist das eine solidarische Leistung, die es sonst nirgendwo gegeben hat.

Zum Thema Vergangenheitsbewältigung darf ich eine persönliche Bemerkung machen – nicht um mich als Prototyp des Widerstandskämpfers in der DDR darzustellen, obwohl ich gelegentlich aus der Deckung gegangen bin: Ich war nicht bei der Jugendweihe und bekam die Quittung, indem ich nicht im ersten Anlauf zur erweiterten Oberschule kam, die der gymnasialen Oberstufe des Westens entspricht. Ich habe den Wehrdienst verweigert und bin zu den Bausoldaten gegangen, was meiner beruflichen Laufbahn, vorsichtig gesagt, einen Knick beschert hat. Ich bin dann im *Demokratischen Aufbruch*

gewesen, habe die Organisation mit aufgebaut und bin, als die Fusion mit der CDU beschlossen wurde, bewusst auch in diese Partei eingetreten.

Ich halte es für geschichtsverzerrend und unzulässig, die früheren Blockparteien CDU und LDPD mit der SED gleichzusetzen. Die CDU als Blockpartei saß im Gegensatz zur SED nicht an den Schalthebeln der Macht. Sie war, wenn auch mit einigen exponierten Persönlichkeiten im Ministerrat der DDR vertreten, überwiegend für viele auch ein Ort, wo man sich abducken konnte vor der SED.

In Thüringen sind heute nach der Wende mehr *neue* Mitglieder in die CDU eingetreten, als die SPD dort überhaupt Mitglieder hat. Die Klientel der CDU in Thüringen ist nicht mehr vergleichbar mit der früheren Blockpartei. Wir haben in Thüringen sehr differenziert über die Mitgliedschaft einzelner nach Maßgabe ihrer konkreten Äußerungen und Handlungen entschieden. Wie hat sich jemand z.B. zur Niederschlagung der Studentenunruhen in China verhalten? Hat jemand vielleicht noch kurz vor der Wende die Mauer verteidigt? Ein entsprechender Fragenkatalog wurden in unseren Gremien und Ortsgruppen beantwortet. Die Diskussion, ob die CDU nicht der SED gleiche, warum sie nicht gleich mit der PDS gemeinsame Sache mache, ist gefährlich, und ich kann nur davor warnen.

Ich möchte noch auf die Zukunftsperspektiven verweisen: Ich prophezie den Altbundesländern, dass die Entwicklung, die sich in der ehemaligen DDR vollzogen hat – der Umbruch von einer stark industrialisierten Gesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft – auch den Altbundesländern noch bevorsteht; die USA gehen uns darin voran. Die Beschäftigung von 70 Prozent der Arbeitenden im produktiven Sektor ist nicht mehr zeitgemäß.

Es gibt einen anderen Weg, und der wurde in der ehemaligen DDR bereits eingeschlagen. Die Gründe für den zwangsläufigen Zusammenbruch der Industrie hat Frau *Hildebrandt* genannt. Hinzu kam, dass wir durch die Enteignungen von 1972 keinen Mittelstand hatten. In Thüringen haben wir allerdings schon jetzt einen Stand erreicht, der mit dem von Schleswig-Holstein vergleichbar ist. Deswegen lasse ich für uns kein ostdeutsches Klischee gelten. Wir sind Thüringer, wir waren ein Freistaat bereits von 1920 an, noch bevor Bayern dieses in seiner Verfassung verankert hatte. Was an Aufbruchsleistung in der ehemaligen DDR geschaffen worden ist, ist beispielhaft und wird für vieles, was in der alten Bundesrepublik noch geschehen muss, wichtig werden.

Gregor Gysi: Die Mauer ist vor zehn Jahren gefallen, das war für unser gesamtes Land schon eine große Chance und ist es sicherlich auch heute noch. Es sind allerdings auch viele Chancen vergeben worden. Sicherlich gab es einen Teil Bürgerinnen und Bürger in der DDR, die mit großer Sorge, mit Angst oder auch mit Ablehnung dem beginnenden Vereinigungsprozess ge-

genüberstanden. Die große Mehrheit aber wollte diese Vereinigung, und sie war gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ungeheuer positiv eingestellt. Damals gab es ja fast einen Wettbewerb unter den Bürgerinnen und Bürgern der DDR, wer in kultureller, mentaler, sozialer Hinsicht am schnellsten eine Art ›Westdeutscher‹ wird. Man stand Schlange, um für die Autos neue Nummernschilder zu bekommen, die das ehemalige DDR-Fahrzeug nicht mehr erkennen ließen; man beeilte sich, den Personalausweis zu wechseln usw.

Der Drang, möglichst schnell so zu werden wie die Westdeutschen, ist abgelöst worden von einem wachsenden Selbstbewusstsein, das fast schon wieder in eine Abgrenzungshaltung umschlägt. Für meine Generation schien mir das absehbar zu sein – und zwar unabhängig davon, wie man zur DDR stand, einfach, weil man von ihr deutlich geprägt war. Ich hätte allerdings nicht gedacht, dass es für die damals 10- bis 14jährigen ein Selbstbewusstseinsproblem geben würde. Die heute 18- bis 20jährigen sind auf merkwürdige Art viel ›DDR-ischer‹, als ich es für möglich gehalten hätte.

Zwei gravierende Tatbestände erschweren eine gleichgerichtete Entwicklung: Dadurch, dass die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD beigetreten ist, sind wir in eine relativ reiche, finanzstarke Gesellschaft gekommen, die in der Lage war, die Entwicklungen in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern sozial abzufedern. Sie war zudem in der Lage, dort eine Infrastruktur zu entwickeln, wie wir sie unter normalen eigenständigen Bedingungen auch in 40 Jahren nicht entwickelt hätten, wenn ich nur an ein Beispiel wie das Telefonnetz denke.

Die Negativ-Seite war und ist das Problem, dass die BRD aus der DDR nichts zu benötigen meinte. Selbst wenn wir alle wissenschaftlichen, kulturellen und betrieblichen Einrichtungen geschlossen hätten, hätte die Bevölkerung in den neuen Bundesländern nicht verhungern müssen; Wirtschaft und Gesellschaft der BRD hätten den Ausfall kompensiert. In *Polen* war die Alternative, entweder bei der eigenen Steinkohle zu bleiben oder keine Energie zu haben. Für die ostdeutsche Braunkohle lag die Frage anders: Wird ›Gartzweiler II‹ eröffnet, dann wird die Braunkohle im Osten überflüssig. – Eine andere Situation: Im Osten wie im Westen Berlins gab es je eine Akademie der Wissenschaften; eine konnte nur bleiben. Wir haben drüben eine Akademie der Künste und hüben eine Akademie der Künste, wir müssen uns entscheiden.

Wie die Entscheidungen in der Regel ausgegangen sind, ist bekannt, und auch zu wessen Gunsten solche Entscheidungen personell gefällt worden sind. Wir waren das einzige osteuropäische Land, in dem ein Elite-Wechsel in allen Bereichen stattgefunden hat und in dem das, was geblieben ist, dadurch zum Gnadenakt verkam, weil es nicht wirklich gebraucht wurde. Das demütigt, auch wenn es ein objektiver Umstand gewesen ist. Die Politik hätte das allerdings wissen müssen und deshalb anders lenkend eingreifen sollen.

Die UNO-Kommission für Wirtschaft und Soziales hat die Bundesrepublik dafür kritisiert, dass von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der DDR heute nur noch 12 Prozent in der Wissenschaft tätig sind. 88 Prozent sind entweder anderweitig tätig oder arbeitslos, im Vorruhestand oder in Rente. Dafür schienen ihr keine fachlichen, sondern politische Gründe maßgeblich gewesen zu sein.

Die DDR-Bevölkerung hat das zunächst nicht sehr übelgenommen, weil sie ihre Eliten nicht besonders leiden konnte. Was dann nicht beachtet worden ist, nenne ich den ›Krabbe-Effekt‹: Wäre in der DDR im Jahr 1990 Kathrin Krabbe der Manipulation beschuldigt worden, so hätte eine Mehrheit sich gegen sie gestellt. Als die Doping- und Manipulationsvorwürfe später erhoben wurden, reagierte die Mehrheit im Osten mit Empörung auf die Angriffe gegen die frühere DDR-Läuferin. Was war passiert, dass plötzlich eine Solidarisierung einsetzte, wo es vorher eine Entsolidarisierung gegeben hatte?

Ein anderes Beispiel gibt die Wandlung eines CDU-Wählers, der sich überschwänglich freute, solange es bestimmten Oberen an den Kragen ging. Als er aber als Berufsschullehrer den Fragebogen bekam, worin er seine frühere NDPD-Parteimitgliedschaft und -Funktion angeben musste, war er schwer enttäuscht, weil er nun gegen seinen Willen der alten Elite zugerechnet wurde.

In ökonomischer Hinsicht ist vieles falsch gemacht worden: z.B. haben wir damals für zehn Jahre eine degressive Lohnsubvention vorgeschlagen, den Betrieben im Osten einen sicheren, aber sich in zehn Jahren auf Null verringernden Zuschuss zu geben, um ihnen die Chance zu eröffnen, ihre Kosten- und Qualitätsstrukturen anzugleichen. Das haben Treuhandanstalt und die damalige DDR-Regierung, aber vor allem die Bundesregierung immer abgelehnt. Mit der Bewilligung von Mitteln von Fall zu Fall ist man einen anderen Weg gegangen und hat völlig disproportionale Entwicklungen ausgelöst. Sicher sind viele Unternehmen Pleite gegangen, die nie eine Chance gehabt



Gregor Gysi

hätten. Aber es sind natürlich Unternehmen, auch Exportbetriebe, kaputtgemacht worden, die durchaus eine Chance gehabt hätten.

Wenn von der Überweisung von 150 Milliarden Mark die Rede ist, so wäre hinzuzufügen, wie viel davon wieder in die alten Bundesländer zurückfließt. Dadurch dass viele der Fördermittel doch in Zweigstellen großer westdeutscher Konzerne in den neuen Bundesländern gehen, haben wir eine Binnennachfrage für Produkte aus den alten Bundesländern organisiert. Vieles ist in den westdeutschen Geldkreislauf zurückgeflossen, und das war ja durchaus auch beabsichtigt. Wenn man das einräumte, hätte dieser Transfer nicht mehr dieses Demütigende an sich, weil er als etwas gemeinsam nützliches erkennbar würde.

Zu Emotionen und Kultur habe ich einiges gesagt; wir müssen nicht krampfhaft versuchen, uns zu gleichen. Akzeptieren wir doch kulturelle Unterschiede, wie sie auch zwischen eher nördlichen und eher südlichen Bundesländern selbstverständlich sind. Natürlich musste im Osten das politische Unrecht beseitigt werden. Aber das Sinnvolle, was es dort auch gab, hätte, in der gesamten Bundesrepublik eingeführt, den positiven Effekt ergeben, dass die Menschen in den alten Bundesländern ebenfalls ihren persönlichen Nutzen aus der Einheit erfahren hätten. Wegen der Knappheit unserer Ressourcen hatten wir eine relativ vorbildliche Sekundär-Rohstoffeffassung mit positiven ökologischen Wirkungen; ähnlich voreilig geschlossen hat man die Polikliniken oder kleinere Kultureinrichtungen. Eine Einheit bekommen wir nur dann zustande, wenn man sich füreinander interessiert, und diese Kritik richte ich gerne in beide Richtungen.

In der PDS gibt es nicht wenige, die sich – in der Meinung, im Westen sowieso keine Stimmen holen zu können – im Osten einigeln wollen. Ich sage dagegen: ›Ihr könnt keine Partei der Bundesrepublik Deutschland werden, wenn Ihr Euch nicht für die Probleme der Menschen in den alten Bundesländern ebenso interessiert wie für die Probleme der Menschen in den neuen Bundesländern«. Das allerdings gilt auch für manche Landesregierungen in den alten Bundesländern, die immer noch nicht genau wissen, ob die neuen Bundesländer nun dazu gehören oder nicht.

Das Problem besteht gegenseitig, und eine Lösung setzt entsprechendes Interesse voraus – auch an der Aufarbeitung der Geschichte, die nicht selbst geschichtslos geschehen kann. Man darf nicht vergessen, dass die Geschichte der beiden deutschen Staaten mit der unmittelbaren Vorgeschichte verknüpft ist: Hätten wir nicht das entsetzliche Nazi-Regime gehabt, wäre von Deutschland nicht der 2. Weltkrieg ausgegangen, so wäre Deutschland auch nicht besetzt worden. Zudem hätten die Besatzungsmächte nicht ihre Gesellschaftsmodelle in den jeweiligen Zonen durchgesetzt. Damit fing das ganze Unglück an.

Es hat in der DDR viel Unrecht gegeben; dennoch lehne ich es ab, sie einen ›Unrechtsstaat‹ zu nennen. Man kann der PDS Vorwürfe machen, ihre Geschichte noch nicht genügend aufgearbeitet zu haben. Aber wir haben bereits einiges geleistet, es gibt kaum eine Partei, in der über diese Fragen so gestritten wird. Wir haben dazu vieles veröffentlicht, zehn Bände *Ansichten zur Geschichte* sind bei uns erschienen. Tatsächlich lag die Hauptverantwortung in der DDR nicht bei CDU, LDPD, NDPD oder DPD, sondern bei der SED. Aber eine nicht unbeachtliche Mitverantwortung lag auch bei den Blockparteien, die sich haben wegfusionieren lassen, um dann keine Geschichte mehr zu haben.

Zur Frage der Zukunftsperspektiven: Die DDR hatte ihre Möglichkeiten; gescheitert ist sie letztlich an dem Mangel an ökonomischer Effizienz, dem Mangel an Demokratie, den nicht vorhandenen politischen Freiheiten, auch an dem Mangel an ökologischem Umbau. Hinzuzufügen bleibt, dass es dennoch beachtliche soziale und kulturelle Leistungen und Beziehungen gegeben hat. In der DDR ist immer gesagt worden, die Gewährleistung eines bestimmten Maßes an sozialer Sicherheit verlange nun mal manche Beschränkung politischer Rechte und Freiheiten. Heute erklärt mir die FDP, dass Freiheit in einem bestimmten Umfange nun mal soziale Sicherheit, wie ich sie mir vorstelle, ausschließe. Mein Wunsch für die Zukunft ist: Wir müssen aus dem Teufelskreis der Gegenüberstellung von Freiheit und sozialer Sicherheit heraus. Unser Ziel muss die unzertrennliche Einheit von politischer Freiheit und sozialer Sicherheit sein, weil letztlich das eine ohne das andere nicht funktionieren kann.

Christoph Dieckmann: Was als Befreiung vollzogen wurde und erfahren wurde als Revolution, bezeichnen heute viele Ostdeutsche als den Beginn einer ›unfreundlichen Übernahme‹. Dahinter verbirgt sich ein bedauerlicher Verlust an Selbstvertrauen, aber auch eine nachträgliche Verfälschung dessen, was sich wirklich zugetragen hat: Im Nachhinein klingt es so, als ob das Ende der DDR eine unausweichliche Folge ihrer wirtschaftlichen Ineffizienz gewesen sei. Es gab bei der SED ein Dogma, das immer wieder öffentlich ausgesprochen wurde: Die Ost-West-Auseinandersetzung entscheide sich letztlich in der Frage der Arbeitsproduktivität. So ist es wohl gekommen.

Aber das nach wie vor erstaunlichste Ereignis des Jahres 1989 ist, dass im Mai in Ungarn ein Zaun aufging und niemand wahrzunehmen schien, was das über kurz oder lang für den gesamten Ostblock bedeuten müsste. Es gab eine Art Starre, eine Art Verewigung des bisher Erfahrenen. Man konnte sich einfach nicht vorstellen, dass diese DDR ein Ende haben würde. Man hatte ja immer wieder aus dem Westradio gehört, wie bisher könne es nicht mehr lange weitergehen in der DDR, jetzt sei der Ostblock aber wirklich gleich am Ende, jetzt werde das Benzin, die Butter viel, viel teurer, und so fort. Weder

Benzin noch Butter wurden teurer, die DDR-Wirtschaft wurstelte sich weiter durch. Irgendwann meldeten sich die DDRler von einer rationalen Analyse der Lage ab und sagten sich: Na, die Oberen haben die vorigen Krisen überstanden, wahrscheinlich werden sie's auch diesmal wieder schaffen.

Dann aber war da das Loch im ungarischen Zaun, und die Ostler taten, was sie auch schon vor 1961 getan hatten: Sie verließen das Land, die DDR lief aus. Ich stehe auch heute nicht an, das eine *Revolution* zu nennen. Ich weiß, zu einer ordentlichen Revolution gehört Blut, und es gehört zu den großen Glückserlebnissen meines Lebens, dass es zum Blutvergießen nicht gekommen ist. Und ich staune, dass die Ostdeutschen sich ihres Stolzes auf diese historische Leistung so freiwillig begeben haben; es hatte ja zuletzt den Anschein, Helmut Kohl persönlich hätte die Revolution gemacht.

Noch immer fahnden Historiker danach, wer denn in Leipzig bei den Montagsdemonstrationen als Erster »Wir sind *ein* Volk« gerufen hat, anstatt: »Wir sind *das* Volk«. Ich kann Sie beruhigen: Das war die Geschichte selbst. Die Politik ist damals hechelnd den Ereignissen hinterhergerannt und versuchte, sie am Mantelzipfel zu haschen. Ich erinnere nur an die dauernden Demonstrationen, wie z. B. im Eichsfeld den »Probemarsch nach Drüben«, wie sich das nannte. Da haben alle Leute einen ›Luftkoffer‹ bei sich getragen, Transparente geschleppt und gebrüllt: »Kommt die DM nicht nach hier, na, dann gehen wir zu ihr«.

Wenn man ein Verkehrssystem von Links- auf Rechtsverkehr umstellen will, dann geht das nicht allmählich; man muss es über Nacht machen. Die Leute wollten rasch die DM. ›Leben wie im Westen‹ hieß, erst einmal einkaufen wie im Westen. Denn es war ja demütigend zu sehen, dass die Westdeutschen nach Ost-Berlin kamen und für 8 Pfennige ein Bier trinken konnten, und man selbst hätte 300 Ostmark für einen Theaterbesuch im Westen bezahlen müssen. So konnte der Übergang nicht anders als plötzlich passieren, wobei die Ostdeutschen absichtsvoll in einer gewissen Naivität belassen wurden. Der Ostler bekam vom Westen her einen emphatischen Freiheitsbegriff über die Mauer gerufen, der ihm versprach, im Westen sei alles erlaubt, was in der DDR verboten war, und die sozialen Sicherheiten existierten auch in der Marktgesellschaft. – Dem war nun aber nicht so.

Helmut Kohl hat die Einheit in der Rhetorik eines National-Gottesdienstes vollzogen, wobei es sich doch eigentlich um eine gewaltige Wirtschaftsoperation handelte. Dass es Unsummen kosten, dass da eben nicht ein ›einig Volk von Brüdern‹ sich unablässig in den Armen liegen würde, begriffen die Ostler erst nach dem 3. Oktober 1990. Das Lehrstück der deutschen Wirtschaftseinheit aus dem Jahr 1993 hieß *Bischofferode*. Dort wurde mit der Kali+Salz AG eine funktionierende Kali-Grube mit langjährigen Abnehmerverträgen vom Markt genommen, nicht weil sie unrentabel war, sondern weil sie einen norwegischen Konkurrenten des Mutterkonzerns BASF belieferte.



Christoph Dieckmann

Während ihres halbjährigen Hungerstreiks lagen die Kumpel aus dem Eichsfeld, einer katholischen Diaspora, auf ihren Pritschen, das Kruzifix hing an der Wand. Und ein Hauer beteuerte: »Der Helmut Kohl war 1990 hier und hat uns gesagt, wenn wir alle miteinander die Ärmel aufkrepeln, dann wird dieses Deutschland blühen. Doch anders als erwartet, ließ sich Kohl, der Allmächtige, kein zweites Mal in Bischofferode blicken«. Als die Kumpel erfahren hatten, dass ich für die von *Helmut Schmidt* herausgegebene *ZEIT* schrieb, richteten sich die Hoffnungen auch auf diesen und seinen vermeintlichen Einfluss in dieser Sache. Man war wirklich der Meinung, in der parlamentarischen Demokratie habe der Regierungschef, habe noch der Altkanzler eine ebensolche Kompetenz und Wei-

sungsbefugnis der Wirtschaft gegenüber, wie vormals *Günter Mittag* gegenüber seinem DDR-Imperium. Was hätte man anders machen können? Ganze sechs Prozent des von der Treuhand vergebenen Wirtschaftsvolumens sind an Ostdeutsche gegangen. Wo hätte auch ein Ostdeutscher das Geld hernehmen sollen, Leuna zu kaufen? Im Westen schlagen die Lebensleistungen der Menschen ganz anders in beleihbarem Kapital zu Buche als im Osten. Dabei rede ich nicht von Leuna, sondern von vielen kleinen Mittelstandsbetrieben. Hat dort ein größerer Kunde eine schlechte Zahlungsmoral, geht der Betrieb sofort in den Konkurs. Muss ein Betrieb eine größere Vorfinanzierung übernehmen, kann er mangels Kapitaldecke den Auftrag nicht annehmen. Also erhält ihn ein West-Unternehmen, das beleihbaren Besitz bei der Bank vorweisen kann.

Zur Entwicklung der emotionalen und psychischen Befindlichkeiten: West und Ost haben sich eben nicht über eine Heirat verständigt, sondern der Osten ist im Westen angestöpselt worden – über den Rechtsweg des Grundgesetzartikels 23. Was die Ostler als bloße Verfahrensregelung verstanden, schien für Westler das Wesen der Vereinigung: Die Ostler gaben ihre Eigenständigkeit auf, also gab es da nichts Eigenes. Das Problem dieses Anschlusses

ist psychologischer Natur. Es besteht darin, dass der Westen außerstande ist, für den Osten Zeitgenossenschaft zu empfinden.

Der Westen denkt vom Osten, dieser sei um Jahrzehnte zurück, kulinarisch, intellektuell, was die Mode betrifft usw. Der Westen hat einen anderen Gegenwartsbegriff, sehr aktualistisch, sehr auf Moden bezogen. Mein voriges Buch hieß im Untertitel: *Ein deutsches Heimatbuch*. Zweierlei schien im Westen klar: Erstens muss es sich um ein ›Blut und Boden‹-Werk handeln, und zweitens ist ein positives Erwägen des Heimatbegriffes nicht mehr möglich respektive nötig, seit die ›Heimat‹-Filme von Edgar Reitz vor fast zwanzig Jahren eine Debatte ausgelöst hatte. Alles was der Westen schon einmal durchgequasselt hat – Kapitalismuskritik, Medienverdammung, Echtheitssehnsucht –, gilt als vorbei, alt, abgetan. Nach westdeutschem Diskursbuch sind die Debatten des Ostens abgefahrene Züge, die Ostler also Nachzügler.

Die Ostler dagegen mit ihrer Neigung, sich für die besseren Menschen zu halten, wundern sich, was die Westler schon alles als normal empfinden. Die größte, wenngleich unausbleibliche Desillusionierung der Ostler besteht in der Erkenntnis, dass in der parlamentarischen Demokratie die Politik vor den hochgezogenen Zugbrücken der Wirtschaftszitadellen halt machen muss. Die Ostler verlangen mit Recht, wenngleich nicht mit Macht, dass die Reichweite der Politik den Einfluss der Wirtschaft übertreffen müsse. Denn die Ostler glauben, dass die Wirtschaft um der Menschen willen da ist, nicht umgekehrt.

Was die DDR-Vergangenheit betrifft, so muss von den Stasi-Akten geredet werden. *In summa* ist es gut, dass es die *Gauck*-Behörde gibt. Ungezählten Menschen hat die Stasi das Leben zerfressen; deren Leben lässt sich vielfach leichter reparieren, wenn nachgelesen und nachvollzogen werden kann, wie alles gekommen ist. Ich selbst habe keine Stasi-Akte gelesen. Ich möchte das auch nicht – soweit mein ureigenster, persönlicher Entschluss. Ich fürchte eine stasi-förmige Verwandlung meines Blickes. Mich hat die Stasi zu DDR-Zeiten in Ruhe gelassen, jedenfalls mich nicht werben wollen, mir auch nichts kaputt gemacht. Ich möchte nicht von Giften naschen, die anderen Leuten das Leben zerfressen haben, aber ich verstehe das Bedürfnis nach Akteneinsicht.

Dem Umgang mit der Vergangenheit galt auch eine durch zwei Legislaturperioden des Bundestags geführte Enquete-Kommission. Ihre Recherchen füllen rund zwanzig Bände mit Texten von Anhörungen Hunderter von kompetenten Menschen, die ihre Erfahrungen, ihre Lebensgeschichten aus der DDR-Zeit dargelegt haben. Das alles ist hilfreich, insbesondere für Bibliothekare und Spezialisten. Aber nach wie vor gilt das Wort von *Wolfgang Thierse*, demzufolge wir einander unsere Biographien erzählen müssen. Das betrifft besonders meinen Beruf: Ein Reporter, wie ich ihn verstehe, hat hin- und herzuschauen zwischen den Großgeschichten, dem Epochenurteil und der Individualerfahrung. Beides kann nicht kongruent sein, wie wir es anhand der *Walser*-Debatte wieder erlebt haben.

Walser ist vorgeworfen worden, dass in seinem neuen Roman *Ein springender Brunnen* Auschwitz nicht vorkomme. Wenn jemand, in dessen Leben sich bestimmte, unabwiesbare Erfahrungen der Großgeschichte nicht wiederfinden, behauptet, diese Ereignisse hätten gar nicht stattgefunden, denn er habe sie nicht erlebt, dann ist er ein Lügner. Wenn er aber seine eigene Geschichte erzählen soll, und es war nichts Großgeschichtliches darin, und er fängt an, große Geschehnisse hineinzubugsieren, um repräsentativer dazustehen, dann fälscht er ebenfalls.

Den Wechsel zur Regierung *Schröder* habe ich zunächst auch deshalb begrüßt, weil ich annahm, dass dieser – anders als Kohl und die Christdemokraten – nicht derartigen Anspruch darauf erheben würde, Sieger im Kalten Krieg geblieben zu sein. Die SPD ist für mich immer verbunden mit der Ostpolitik, mit ›Wandel durch Annäherung‹, mit *Bahr*, *Brandt*, *Schmidt*. Die kleinen Schritte haben die großen Schritte möglich gemacht.

Welche Impulse können aus den neuen Bundesländern kommen? Sehr problematisch ist, dass sämtliche Medienzentralen in westlicher Hand sind. Es gibt regionale östliche Medien, die den ›lieben Osis‹ denn auch ein regionales Politikbewußtsein entwickeln helfen. Das Verhältnis zu Frankreich aber oder die NATO-Osterweiterung, das sind ›Westthemen‹, ist Bonner Politik. Bald heißt Bonn ›Berlin‹; es wird trotzdem Westen bleiben, wenn der Osten sich mit seinen Regionalstimmen begnügt oder begnügen muss. Sechs Jahre lang war ich unter einhundert ZEIT-Redakteuren der einzige Ostler, das macht ein Prozent. Wenn dann meine geschätzte Zeitung im Osten 3,6 Prozent der Auflage verkauft, dann ist doch das ein beglückender Erfolg, oder? Aber in Hamburg hat man sich immer gewundert, warum die Osis »unser Qualitätsblatt« nicht lesen mögen ...

Der politische Limes des Ostlers ist die Thüringer Waldautobahn. Darüber hinaus denkt er ungern. Er beklagt sich zwar darüber, aber selbstgefällig, denn es erfreut ihn wie zu alten Zeiten, dass er Grund hat, sich zu beklagen. Mittlerweile gibt es eine Art Ost-Selbstbewusstsein, das mit der Erfahrung entstand, sich im Westen schwer assimilieren, schlecht aufsteigen zu können. Die Westler brauchen die Ostler nicht; sie haben ihr eigenes Beziehungsnetz. Also beziehen sich die Ostdeutschen wieder auf sich selbst und überlegen: Was haben wir denn, womit die Westler gar nichts anfangen können? – Gar nichts können die Westler mit unserer ureigenen Ost-Geschichte anfangen, und diese wird jetzt wieder gepflegt, teils auch geschönt. Die Folgen sind ambivalent. Es kann sich ein Selbstbewusstsein ausbilden, ohne dass es keine Demokraten gibt. Das Ost-Bewußtsein kann aber auch missraten zum Rassismus, den man im Osten schon reichlich antrifft. Mit der schwierigen sozialen Lage lässt sich da nichts entschuldigen. Gewalt und mangelnder Respekt des Menschen vor dem Menschen stehen immer noch in der moralischen Verantwortung des Einzelnen. Individuen haften, nicht der Zeitgeist.

Die Ost-West-Unterschiede werden ähnlich Bestand haben wie die Unterschiede zwischen Nord- und Südstaaten in den USA. Dort wissen die *Southerners* recht gut, dass sie den historisch-reaktionären Part zu verantworten haben, aber sie haben sich daraus ein ganz eigenes, folkloristisches *beautiful loser*-Image fabriziert, das mich stark an ein gutes altes Sprichwort aus meiner mansfeldischen Heimat erinnert: »Die Besten war'n mer nie, aber die Schönsten bleib'm mer doch«.

Publikum: Wie wäre die Entwicklung verlaufen, wenn die Bevölkerung hätte überzeugt werden können, eine Konföderation beider Staaten anzustreben? Hat eine solche Überlegung außerhalb der intellektuellen Kreise, in denen diese Frage diskutiert wurde, Breitenwirkung gehabt?

Klaus Zeh: Wir haben dieses Thema natürlich diskutiert, aber die Realität hat uns in dieser Frage einfach überholt – Gott sei Dank, möchte ich sagen, denn nach meinem jetzigen Kenntnisstand war die wirtschaftliche Lage der DDR wirklich desaströs. Die vorzufindende Struktur hätte für diese DDR einen eigenständigen Weg aus meiner Sicht kaum möglich gemacht.

Herr Gysi setzt die Treuhand mit dem Westen gleich, spricht plakativ von ›Plattmachen‹ der DDR-Betriebe durch sie. Das ist völlig falsch: Die Treuhand war eine Einrichtung der Volkskammer, wurde am ›Runden Tisch‹ Berlins damals von den Bürgerrechtlern gefordert, damit ein *Modrow*-Gesetz verhindert werde, das die damaligen Genossen zum Treuhänder des DDR-Vermögens machen sollte. Stellen Sie sich eine Konföderation vor, in der dieses System weiter das Sagen gehabt hätte ... Das Eigentum wäre in unvorstellbarer Größenordnung veruntreut worden, und die alten Strukturen, die noch lange Zeit, nachdem die freie Volkskammer gewählt war, voll funktionsfähig waren, wären zementiert worden. Ich bin froh, dass es dazu nicht gekommen ist.

Gregor Gysi: Vor dem außerordentlichen Parteitag meiner Partei im Dezember 1989 ist die Frage der Konföderation diskutiert worden. Dieser Vorschlag ging damals einigen viel zu weit, weil es immer noch die Forderung nach vollständiger Eigenständigkeit der DDR gab. Man darf nicht vergessen, dass Gorbatschow im Laufe von Wochen seine Positionen mehrfach änderte. Noch im Dezember 1989 sagte er in einem Telefongespräch zu mir: »Überlegen Sie sich gut, was Sie machen. Wenn Sie die SED auflösen, lösen Sie die DDR auf. Wenn Sie die DDR auflösen, lösen Sie die Sowjetunion auf.«

Für eine Konföderation – womöglich sogar mit einer gemeinsamen Währung – hätte es einen positiven Grund geben müssen. Gleichzeitig hätte es so gravierende politische und gesellschaftliche Unterschiede der Strukturen geben müssen, die es notwendig gemacht hätten, innerhalb einer Konfödera-

tion doch noch zwei Staaten bestehen zu lassen. In dem Maße aber, wie der Kapitalismus bzw. die Marktwirtschaft eingeführt wurde, wurde die Weiterexistenz der DDR grundlos. Die Übergangszeit hätte man allerdings anders gestalten können und müssen.

Es gab dann den Streit, ob nicht die Vereinigung entsprechend des Grundgesetzartikels 146 mit Verabschiedung einer neuen, gemeinsamen Verfassung vollzogen werden solle. Der entstehende neue Staat wäre der Rechtsnachfolger der beiden untergehenden, nämlich DDR und BRD gewesen. Die Alternative war der schließlich vollzogene Beitritt zur Bundesrepublik, mit der nachteiligen psychologischen Folge, dass sie für die Beitretenden den Status der bloß Hinzugekommenen mit sich brachte.

Warum hatten wir nie die Geduld der Österreicher? Sie hatten auch vier Besatzungsmächte, aber danach nicht zwei Staaten ...

Christoph Dieckmann: Möglicherweise wäre eine Konföderation wünschenswerter gewesen, letztlich gilt aber doch der arrogante Satz von *Wolfgang Schäuble:* »Wir wollen nicht vergessen, dass nicht die Bundesrepublik zusammengebrochen ist, sondern die DDR«. Der Zusammenbruch der DDR hat natürlich dem Westen sehr geschadet. Dass sich im Osten alles würde ändern müssen, wurde im Westen begriffen als Garantie, auf dem rechten Wege zu sein, als ›Weiter so, Deutschland!«. Das führte ideologisch zur konservativen Verfestigung, zu einer Zementierung des *status quo*. Das ließ sich auch gut an, weil der Markt größer geworden war; man konnte die Konjunktur ankurbeln.

Es herrschten bei der Vereinigung im Osten und im Westen einfach nicht die gleichen Voraussetzungen. Es war im Westen nicht dieselbe Verunsicherung eingetreten. Der Staat mitsamt seinen Strukturen und Autoritäten war intakt geblieben, und die Ostdeutschen haben sich ja dem Kohl auch zu Füßen geworfen auf der Suche nach einer neuen Autorität. Sie waren größtenteils so gewohnt, geführt zu werden, dass sie lediglich wussten, was sie nicht mehr wollten, nämlich das SED-Regime.

Klaus Zeh: Wir sind damals als ›Demokratischer Aufbruch‹ nicht etwa mit dem Gedanken an die Einführung der DM in die Wiedervereinigung gegangen. Unsere Transparente lauteten: »Neues Forum, Demokratischer Aufbruch zulassen«, »Freie Wahlen«, »Presse- und Redefreiheit«, und die Einführung des Länderstatus für Thüringen wollten wir haben. In Thüringen hatten wir drei Bezirke, Erfurt, Gera, Suhl; wir wollten wieder Thüringer sein. Wir hatten überhaupt nicht die Anfangsvorstellung, dass Wiedervereinigung um der Einführung der DM zu geschehen habe.

Die Leute haben viel eher als die Politiker erkannt, was noch ging und was nicht mehr geht. Die DDR war ein Torso, eine Hülse, und die wäre zerbro-

chen. Wenn sie nicht aufgefangen worden wäre, hätten wir ein Desaster erlebt. Das haben die Leute begriffen, viel früher als wir, die wir auf unseren Transparenten noch hehre Parolen verkündet haben.

Das ist meine Antwort, wenn unsere Leute als naiv-katholische, sächsische Untertanen disqualifiziert werden. Natürlich gab es Stimmen, die gesagt haben: Ich will die DM. Aber das war doch nicht der Grund der Revolution. Wir hatten keine Freiheit, wir wollten endlich an der Freiheit teilhaben; Europa hatte sich konstituiert, und wir waren außen vor. Wir sollten in einen osteuropäischen *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* eingebunden bleiben – eine furchtbare Vorstellung. Auch das war ein Antrieb, der sich indirekt in der Forderung nach der DM artikuliert hat.

Regine Hildebrandt: Die Vorgänge hatten eine kolossale Dynamik. Und tatsächlich dachten wir überhaupt nicht an eine Vereinigung. Mein Mann und ich sammelten mit einer der Bürgerbewegungen, ›Demokratie jetzt‹, Unterschriften in der ganzen DDR gegen den Führungsanspruch der SED in der DDR-Verfassung. Wir hatten die Unterschriften, um in der DDR den Führungsanspruch der SED außer Kraft zu setzen, noch gar nicht zusammen, da war die Sache gegenstandslos. Genauso schnell sind wir dann weitergekommen hin zur DM. Und wenn die Herren jetzt sagen, so war das gar nicht, dann meint der eine immer einen Monat früher als der andere.

Gregor Gysi: Wie Sie von den Ostdeutschen sprechen, Herr Dieckmann, das gefällt mir nicht. Ich gebe ja zu, dass die Bevölkerung z.T. in einem desolaten Zustand war, aber dafür übernehme ich sogar eine moralische Mitverantwortung. Die Kali-Kumpel haben die ökonomischen Zusammenhänge dann sehr schnell begriffen. Wahr ist, wir kommen aus einer Struktur, in der wir geführt wurden, und *Kohl* hat bewusst oder unbewusst an diese Mentalität angeschlossen. Er hat gesagt: »Ich mach das für Euch«, und das kam nicht schlecht an. 1953 und 1968 haben gezeigt, dass die Struktur des ›real existierenden Sozialismus‹ an der Peripherie nicht zu verändern war, sondern nur in Moskau. Niemand konnte sich, nicht einmal Ende 1990, vorstellen, dass Moskau seine Einflussphäre beschränkt oder gar aufgibt. Man konnte aber sicher sein, dass die DDR ohne die Sowjetunion letztlich nicht zu halten war. Die Frage war, ob und wann die Sowjetunion die DDR aufgeben würde. Deshalb waren die Blicke viel eher nach Moskau gerichtet, und dort gab es so zügige Prozesse, die niemand berechnen konnte. Nicht die ökonomischen Daten aus der DDR führten zu dieser oder jener Überlegung, sondern allein die Veränderungen in Moskau.

Publikum: Eine Frage zum Rang der sogenannten friedlichen Revolution im Herbst 1989: Gerade wurde nochmals mit Emphase das Moment der Freiheit

herausgestellt, das diese politische Veränderung bestimmt habe. Mir scheinen vier Elemente die Bedeutung dieser angeblich friedlichen Revolution doch einigermaßen zu relativieren: erstens die Frage des Geldes, zweitens die Frage nach dem Inhalt der Freiheit, drittens die Frage des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruches und des Zur-Verfügung-Stellens von Pässen für die Deutschen in Prag und Budapest durch Außenminister *Genscher* und viertens die Frage des Untertanengeistes, auf den hingewiesen wurde.

Dass die Deutschen von Kohl, der ihnen ›blühende Landschaften‹ versprach, die tollsten Dinge erwarteten, spricht nicht für revolutionären Elan bei Leuten, die ihre Verhältnisse verändern wollen. Die Forderung nach *Egalité, Liberté, Fraternité* war doch etwas völlig anderes.

Kann es sein, dass der Alleinvertretungsanspruch der BRD mit dem Angebot von bundesdeutschen Pässen für DDR-Bürger für sie jedenfalls eine wesentliche Erleichterung war, sich auf dieses Unternehmen Wiedervereinigung einzulassen?

Gregor Gysi: Als die Menschen im Herbst 1989 in Leipzig auf die Straße gingen, sind sie *nicht* den bequemeren Weg zur westdeutschen Botschaft nach Prag oder Budapest gegangen. Das war eigentlich eine Gegenbewegung zur Ausreisebewegung, bei der gerufen wurde: »Wir bleiben hier!«. Sie bemerkten, dass die Zahl derjenigen, die die DDR verließen – überwiegend junge Leute um die 20 Jahre –, immer größer wurde. Dann gab es diesen Zeitungsartikel: *Wir weinen denen keine Träne nach*, was zu riesiger Aufregung führte. Viele sagten dann: Wenn uns jetzt unsere nächste Generation, die Jugend, verlässt, dann wollen wir die DDR so verändern, dass sie bleibt. Das war das ursprüngliche Anliegen, daher die Forderung nach Freiheit.

Zur Frage der Reisepässe: Hätte die DDR jeder Bürgerin und jedem Bürger einen Pass ausgestellt, mit dem sie in jedes Land hätten reisen können, wäre unwichtig gewesen, ob die BRD auch Pässe ausstellt. Das wäre in erster Linie die Aufgabe der DDR gewesen. Es war ein großer Fehler, dass sie ihre Bürgerinnen und Bürger nicht hat reisen lassen, mit der Folge, dass sie entweder ganz ausreisten oder eben blieben, dann aber nicht reisen konnten.

Christoph Dieckmann: *Stefan Heym* veröffentlichte kurz vor dem Fall der Mauer einen *Spiegel*-Essay voller Emphase für das ›Heldenvolk von Leipzig‹. Dann fiel die Mauer, und er sah voller Ekel dasselbe Heldenvolk an den Wühltischen von Hertie: Das Volk warf seine Freiheit weg ...

Letztlich ist es in jedermanns eigenes Ermessen gestellt, wonach er sich sehnt, wie er seine Freiheit definiert. Das kann für den einen eine Reise nach Oxford sein und für den anderen der Zugang zum Kaufhaus-Wühltisch. Der eine hat über den anderen und dessen Freiheitsverständnis nicht herzuziehen. Wie ein Richter ohne Ansehen der Person zu urteilen, welcher Freiheitsent-

wurf hochwertig sei und welcher nichts taue, das wäre arrogant. Da spricht nämlich der eine dem anderen die Freiheit ab.

Regine Hildebrandt: Gegen die Behauptung, es sei bei dieser Revolution nur um die DM gegangen, eine Geschichte zum Thema Wahlen in der DDR: Man konnte einen Zettel falten und in die Urne stecken an dem Tisch, wo alle guckten, weil's ja alles demokratisch war. Es gab auch eine Wahlkabine schräg gegenüber im anderen Eck des Wahllokals, in der weitesten Entfernung im Raum; dort hineinzugehen, war wie ein Spießrutenlauf.

Jetzt war aber im ersten Halbjahr 1990 eine Wahl, und jetzt hieß es: Leute, *versucht* doch mal wenigstens, was dagegen zu machen. Es sind doch freie Wahlen und wir sind durch die Westsender informiert worden, was zu tun ist, wenn man dagegen stimmen will: Sie mussten jetzt den Wahlzettel nehmen und jeden Namen durchstreichen! Das mussten sie natürlich in der Wahlkabine machen. Und dann nach der Wahl haben meine Kolleginnen mir erzählt, wie sie mit einem weichen Bleistift bewaffnet im Wahllokal in die Wahlkabine gegangen sind und dann mit zitternder Hand alle Namen durchgestrichen haben – das, was sie sich jahrzehntelang nicht getraut hatten. Dies spiegelt die Stimmung in der DDR, schon bevor die Leute auf die Straße gegangen sind. Es war die Zeit wirklich reif, es musste sich etwas ändern, und so entstand die phänomenale Massenbewegung.